

Propaganda gibt es nur in der Diktatur. Geldwäsche ist gar nicht so gemeint. Und Gentechnik-Seilschaften gibt es nicht!

„Kniefall vor der Gentechnikindustrie“

Verlag SeitenHieb wehrt sich gegen ein Urteil des Landgerichts Saarbrücken, das eine kritische Veröffentlichung zur Gentechnik verbietet, ohne diese überhaupt zu benennen und die Richtigkeit zu überprüfen!

Der nicht-kommerzielle Verlag SeitenHieb protestiert scharf gegen das Verbot der Verbreitung kritischer Meinungen und Tatsachenbehauptungen. Das Landgericht Saarbrücken hatte in einem gerade zugestellten Urteil unter anderem untersagt, dem Chef des bundesweit wichtigsten Lobbyverbandes InnoPlanta und der Geschäftsführerin des rein Werbezwecken dienenden Gentechnik-Schaugartens BioTechFarm Propaganda vorzuwerfen. Außerdem darf nicht mehr behauptet werden, dass Steuermittel in reine Werbeprojekte fließen und bei der Antragstellung mit falschen Daten operiert wurde. Genau das wurde in der Schrift „Organisierte Unverantwortlichkeit“ behauptet und minutiös belegt. „Das Gericht hat die Beweise nicht geprüft, sondern pauschal alles verboten“, heißt es aus dem Verlag, der seinen Sitz im hessischen Reiskirchen hat und bewegungsnahe, politische Literatur vertreibt. Dort vermutet man politische Absprachen zwischen dem Gericht der in Saarbrücken ansässigen Anwaltskanzlei des ehemaligen Wirtschaftsministers von Sachsen-Anhalt, Horst Rehberger. Die Klage richtete sich gegen den Autor der Veröffentlichung, Jörg Bergstedt. Der Verlag blieb unangegriffen. „Sonst wäre der Gerichtsort nach Gießen gewechselt – und das war offenbar nicht gewollt“, vermutet der Verlag eine rechtswidrige, politische Vorabsprache mit dem Gericht in Saarbrücken. Das Urteil vom 26.4.2010 zeigt den Unwillen, die Vorwürfe zu prüfen. Das Gericht stellt in seinem Urteil ohne Beweisführung fest, dass die Vorwürfe gegenüber den „Gentechnik-Seilschaften“, wie sie dort benannt werden, gar sich als Fakten gemeint seien, sondern als persönliche und daher nicht erlaubte Diffamierung. „Völliger Unsinn“, empört sich auch Autor Jörg Bergstedt. „Ich habe dem Gericht Ausdrucke sämtlicher Belege zu allen Aussagen überreicht. Die RichterInnen haben sich dafür aber gar nicht interessiert, sondern beschlossen, was sie offenbar beschließen sollten im Dienste der Gentechnikkonzerne“. Der Unterlegene wird nun zusammen mit seinem Anwalt Tronje Döhmer aus Gießen in die nächste Instanz gehen. „Wir werden sehen, ob ein derartig peinlicher Kniefall vor der Gentechnikindustrie und derber Schlag gegen die Meinungsfreiheit auch von höheren Gerichten mitgetragen wird.“

Zu einigen Hintergrundfragen

Wieso kam das Gerichtsverfahren nach Saarbrücken?

Dass die 9. Zivilkammer des Landgerichts Saarbrücken handverlesen sein dürfte, war von Anfang an klar. Wie sonst hätte es zu dem Gerichtsort Saarbrücken kommen können, wenn nicht die Kontakte des Gentechnik-Förderers und Schrader-Freundes Horst Rehberg (Ex-FDP-Wirtschaftsminister) der Hauptgrund gewesen sind? So zeigte das Gericht dann auch von Beginn an deutliche Befangenheit. Ein Hauptsacheverfahren mit Beweisaufnahme wurde erst monatelang verschleppt und dann im Blitzverfahren ohne die Beweisaufnahme wieder beendet. Übler Attacken auf den Autor von "Organisierte Unverantwortlichkeit" bis zur ins Persönliche gehenden Forderung, der Beklagte solle Bücher schreiben, die das Volk auch lesen will, prägten den Ablauf. Ein Befangenheitsantrag kam nicht durch, d.h. die Gentechnik-Seilschaften können sich auch in Zukunft dieser willfährigen 9. Zivilkammer am Landgericht Saarbrücken bedienen.

Um Saarbrücken formal auswählen zu können, behaupteten Schrader und Schmidt, die Broschüre würde vor allem über das Internet verbreitet – was Unsinn ist. Geprüft wurde das nie. Und: Die Internetseite gehört gar nicht dem Beklagten. Auch das war dem Gericht egal. Der Inhaber der Internetseite wurde bis heute nicht ein einziges Mal behelligt.

Sind alle Kritikpunkte belegbar?

Ja. Die Broschüre arbeitet mit vielen Quellenangaben als Fußnoten. Die Originalquellen dazu und zu vielen weiteren Passagen der Broschüre sind im Internet als Download angeboten, auf der begleitenden CD enthalten und auch dem Gericht als vollständiger Ausdruck aller Quellen vorgelegt worden. Das Gericht hat nichts davon beachtet. Die Kläger, Uwe Schrader und Kerstin Schmidt, haben sogar gefordert,

sich mit den Quellen nicht auseinanderzusetzen. Das Gericht ist dem gefolgt.

Muss ein Gericht bei Tatsachenbehauptungen nicht die Quellenlage prüfen?

Eigentlich ja. Das Gericht hat aber getrickt und die Aussagen umgedeutet zu Meinungsäußerungen (siehe kommentiertes Urteil unter

<http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz/unterlassung/urteil100426kommentiert.pdf>). Bei

Meinungsäußerungen gilt dann zwar eine weitgehende Meinungsfreiheit, aber die ist qualitativen Kriterien nicht zugänglich. Das Gericht machte abenteuerliche Interpretationen auch hier, um die Kritiken zu etwas unerträglich Schlimmen umzudefinieren. So würde z.B. der Begriff „Propaganda“ nur in Diktaturen benutzt und darf daher gegen Demokraten wie Schmidt und Schrader nicht verwendet werden. Auch der Hinweis auf die Zugehörigkeit von Schrader zur FDP sei ganz schlimm usw.

Einblicke in das Urteil

Das Gericht verhängte alle von Uwe Schrader und Kerstin Schmidt gewünschten Maulkörbe. Es fand keine einzige Beweiserhebung statt. Schrader und Schmidt sind kein einziges Mal im Hauptsacheverfahren überhaupt vor Gericht erschienen. Dennoch behauptet das Gericht im Urteil, Schmidt würde keine Propaganda betreiben, es würden keine Fördermittel veruntreut usw. Woher weiß das Gericht das eigentlich alles? Das alles ist völlig unklar. Wahrscheinlich ist wohl etwas anderes: Das Gericht hatte ohnehin von Beginn an vor, den Maulkorb zu verhängen. Das dürfte mit Rehberger und Konsorten so abgeklärt gewesen sein. Ebenso war dem Gericht klar, dass es umso schwieriger werden dürfte, je näher hingeguckt wird. Wenn aber ohnehin Recht gebeugt werden sollte, dann könnte das auch arbeitssparend gleich und ohne Beweiserhebung erfolgen. Wie das Gericht sich um die Beweiserhebung drückte, soll an einem Beispiel gezeigt werden. In der Broschüre steht, "dass das AgroBioTechnikum vor allem der Propaganda und der Veruntreuung großer Mengen von Steuergeldern dient." Das lässt sich auch belegen - und genau das tat der Beklagte. Doch nun machte das Gericht eine interessante Kehrtwendung - es definierte die Behauptung zur Meinungsäußerung um. Auszug aus dem Urteil: "In diesem Zusammenhang ist der ebenso erhobene Vorwurf der Veruntreuung von Steuergeldern ebenfalls als Wertung zu sehen und nicht im juristischen Fachterminus einer Untreue nach dem Strafgesetzbuch. Der Beklagte will dadurch eine Verwendung von Steuergeldern darstellen, die nach seinem Dafürhalten dem Interesse der Steuerzahler zuwiderläuft. Die Aussage hat somit eine stark wertende Färbung, so dass in ihr insgesamt eine Meinungsäußerung und keine Tatsachenbehauptung liegt". Und - schwupps - musste sich das Gericht mit den Belegen auch gar nicht mehr auseinandersetzen. Dass der Autor der Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit" den Vorwurf der Fördermittelveruntreuung nur symbolisch meinte, ist frei erfunden. Ganz im Gegenteil bot er viele Nachweise auf, dass tatsächlich bei Anträgen und Verwendungsnachweisen Betrügereien stattfanden. Das wollte das Gericht wohl lieber nicht prüfen und definierte alles zur Meinungsäußerung um.

Auch alle weiteren Ausführungen des Gerichts zeigen nur eines: Es wollte unbedingt eine Beweiserhebung verhindern - und definierte um, behauptete die Unmöglichkeit einer Beweisführung usw. Ohne auch nur irgendwas zu prüfen. Auszug aus dem Urteil, wo diese Strategie - mit zum Teil absurden bis verworrenen Deutungen - klar erkennbar wird: "Der Begriff der Wäsche von Steuergeldern ist ebenfalls nicht in klassischem Sinne der Geldwäsche zu verstehen. Es ist vielmehr ein sprachliches Mittel in der Bezugnahme von Gehirnwäsche zu Geldwäsche. Indem Zusammenhang mit diesen negativen Begrifflichkeiten spricht der Beklagte von einem unübersichtlichen Gewirr von Firmen. Er möchte dabei darstellen, dass eine bewusste Verwirrung vorgenommen wird, um kriminelle Vorgänge zu verschleiern. Auch hierbei überwiegt der wertende Charakter der Aussage. Wann ein Konglomerat mehrerer, in irgendeiner Form zusammenhängender Unternehmen ein unübersichtliches Gewirr darstellt, ist einem Beweis nicht zugänglich." So zieht es sich durchs Urteil - und am Ende dann das erwartbare und simple Ende zu nehmen: "Der Beklagte greift konkret die Klägerin zu 1) (gemeint: Kerstin Schmidt) in ihrer Person an. Er veröffentlicht ein Bild von ihr und bringt sie in Zusammenhang mit sachwidriger Verwendung von Steuergeldern. Dabei verwendet er Begrifflichkeiten aus dem Strafrecht, wie Geldwäsche und Veruntreuung, sowie aus der Politikwissenschaft, die in Verbindung mit diktatorischen Systemen gebracht werden (gemeint ist der Begriff "Propaganda"!)." Darüber hinaus wirft er ihr vor, an dem unübersichtlichen Gewirr von Firmen beteiligt zu sein. Insoweit spielen auch eigene Interessen des Beklagten eine Rolle, weil er sich selbst dem Leser gegenüber als denjenigen darstellt der eine Entwirrung vornimmt und die kriminellen Machenschaften aufdeckt. Aus der Sicht eines objektiven Lesers stellt der Beklagte, die Person der Klägerin zu 1) gleichsam an den Pranger und diffamiert sie. Die Grenze zur unzulässigen Schmähkritik ist überschritten."

Nur zweimal sieht es das Gericht anders und bewertet etwas als Tatsachenbehauptung. Doch auch hier - im wahrsten Sinne des Wortes - kurzer Prozess. Beispiel: "Bei der Aussage 'Die Beteiligten sacken für

ihre dubiosen Firmenkonstrukte umfangreiche Firmen- und Steuergelder ein.' handelt es sich wiederum um eine Tatsachenäußerung. Es ist dem Beweis zugänglich, inwieweit die beteiligten Unternehmen und Personen Zahlungen erhalten. Auch hier hat der Beklagte keine konkrete Zahlung, die zu einem näher bestimmten Zeitpunkt geflossen sein soll, dargelegt, so dass ihm eine entsprechende Äußerung zu untersagen war." Der Beklagte hat die gesamte Broschüre "Organisierte Unverantwortlichkeit" und alle dort genannten Quellen als Ausdrücke ins Verfahren eingeführt. JedeR kann selbst die Broschüre aufschlagen und z.B. auf Seite 13 (2. Auflage, die vor Gericht verhandelt wurde) eine lange Liste von Zahlungen sehen. Ebenso auf Seite 20 (Zahlungen an InnoPlanta). Das Gericht aber behauptet einfach frech, es sei nichts benannt worden. So urteilt ein Gericht, dass lieber keine Beweiserhebung will, um das eigene Vorurteil nicht hinterfragen zu lassen ...

Im Original:

- Auszüge aus dem Urteil und Kommentierungen: <http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz/unterlassung/urteil100426kommentiert.pdf>
- Das Urteil insgesamt: <http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz/unterlassung/urteil100426.pdf>
- Indymedia-Artikel zu den Urteilen: <http://de.indymedia.org/2010/05/280693.shtml>

Betroffener kündigt Schritte gegen das Urteil an

Der unterlegene Autor sieht im jetzigen schnellen Ende des Prozesses vor dem offensichtlich befangenen Landgericht auch etwas Gute: "Es wäre absurd gewesen, die ganzen Beweise vor diesem Gericht vorzutragen und ZeugnInnen dazu zu vernehmen, wenn das Gericht von Anfang an ja sein Urteil klar hätte. So bin ich diese peinlichen willigen Vollstrecker von Gentechnik- und FDP-Interessen wenigstens los und wir können in die nächste Instanz gehen!" Das wird zunächst das Oberlandesgericht des Saarlandes sein. Denkbar ist aber auch, dass am Ende das Bundesverfassungsgericht entscheiden muss. Schließlich geht es um Meinungsfreiheit - und die hat Verfassungsrang. Was in Saarbrücker Gerichten offenbar nicht bekannt ist ...

Text zum Verfahren (vor dem Urteil) im Saarspiegel Mai 2010 (S. 1):

Gentechnik-Gegner mundtot machen ...?

Scheinbar ein Fall für die Saar-Justiz!

Gentechnik in der Landwirtschaft wird laut Umfragen vom Großteil der deutschen Bevölkerung strikt abgelehnt. Der in Hessen ansässige Gentechnik-Kritiker Jörg Bergstedt soll nun offensichtlich durch die saarländische Justiz zum Schweigen gebracht werden, weil er in einer Druckschrift (www.biotech-seilschaften.de.vu) etwas zu detailliert die Verbindungen zwischen der Agro-Gentechnik-Industrie und der Politik aufgezeigt hat. Zwei wichtige Personen dieses Netzwerks, die mehrfache Geschäftsführerin von Unternehmen dieser Sparte, Kerstin Schmidt, sowie der Chef der Firma InnoPlanta und FDPLandtagsabgeordnete in Sachsen-Anhalt, Uwe Schrader, fühlen sich durch die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ in ihren Persönlichkeitsrechten verletzt und versuchen, die darin geübte Kritik verbieten zu lassen. Das Gerichtsverfahren findet in Saarbrücken statt, wo einer Verurteilung Bergstedts größte Chancen eingeräumt werden. Kein geringerer als der ehemalige saarländische Wirtschaftsminister, Rechtsanwalt und Befürworter der „grünen Gentechnik“, Dr. Horst Rehberger (FDP), zog das Verfahren nach Saarbrücken, damit seine Kanzlei die Kläger „auf kürzestem Wege“ vor Gericht vertreten kann. Die Durchführung des Verfahrens in Saarbrücken ist durch einen juristischen Schachzug möglich, indem man die Publikation im überall verfügbaren Internet angreift. Obwohl Bergstedt nicht für den Inhalt der betroffenen Webseite verantwortlich ist, wurde ihm per Einstweiliger Verfügung bereits eine Strafe in Höhe von 250.000 Euro Strafe angedroht.

Schrader, der Rehberger zu dessen Wirkungszeit in Sachsen-Anhalt einen großen Teil seiner Parteikarriere zu verdanken hat, gilt heute dort als wichtiges Bindeglied zwischen Industrie und Politik in Sachen Gentechnik. Nach mehrfacher Vertagung wird nun hinter verschlossenen Türen beraten. Der gesamte Prozessverlauf ist auf der vorgenannten Webseite dokumentiert. Das Urteil soll in diesen Tagen verkündet werden.

DVD mit Seilschaften-Vortrag ist fertig - für 12,99 Euro zu erwerben!

Michael Leitner wird demnächst die DVD fertigstellen mit dem Mitschnitt vom Vortrag in Ostrach. Das ist eine Aufnahme mit gutem Ton und zwei Kameras (Ausschnitt auf Youtube). Die DVD soll 12,99 Euro kosten. Ich werde die in www.aktionsversand.de.vu aufnehmen, d.h. sie darf beim mir bestellt werden. Die nicht-kommerzielle Vorführung ist erlaubt, d.h. Ihr könnt den Vortrag jetzt auch ohne mich an vielen Orten zeigen (Schulen, Veranstaltungen ...). Wer eine haben will (oder mehrere), kann sich ja mal melden, damit ich abschätzen kann, wie viele ich bestelle.

Veranstaltungsrundreise zu Gentechnik-Seilschaften entlang der Ostsee:

- 14.5. in Güstrow um 19 Uhr im Cafe Utopia (ehemaliges jüdisches Gemeindehaus, Krönchenhagen 13: Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung (und: Vokü, also was zu essen!)
- Samstag, 15.5.2010, 18 Uhr, Biofrisch Nordost GbR, Teschendorf, Am Storchennest 8: Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung
- Sonntag, 16.5.2010, 14 Uhr: Informationsspaziergang zum Versuchsgarten in Sagerheide (Treffpunkt vor dem Haus Birkenallee 10)
- Sonntag, 18 Uhr, Gemeindehaus Kiek in , Thulendorf, Molkereistr.: Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung
- Montag, 17.5. in Demmin (AWO-Gebäude Beethovenstr., näheres folgt): Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung
- Dienstag, 18.5. in Neubrandenburg (vorgemerkt, näheres folgt): Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung
- Mittwoch, 19.5., 19 Uhr in Rostock (an der Universität, näheres folgt): Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung
- Donnerstag, 20.5. in Greifswald (IKuWo Goethestr., näheres folgt): Vortrag Monsanto auf Deutsch - Seilschaften zwischen Behörden, Firmen und Forschung
- Freitag, 21.5., 20 Uhr in Hamburg-Harburg (im "Alles wird schön", Friedrich-Naumann-Str. 27, 21075 Hamburg, 5 min von S-Bahnstation Heimfeld)

Und als Zuschlag zu dieser Mail ... ein paar aktuelle Seilschaften-Infos

SPD MV gegen Gentechnik

Aus der Ostseezeitung vom 26.4.2010: „In der anschließenden Diskussion wurden einige Änderungen an dem vom Parteivorstand eingebrachten Leitantrag vorgenommen. ... Auch die Ablehnung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen wurde eingefügt.“ Da ein weiterer Antrag als durch den zitierten als erledigt vermerkt und dort auch explizit die Forschung benannt wurde, hieße das, dass die SPD jegliche Gentechnik-Pflanze auf Äckern in MV ist – also auch gegen das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz und seine Experimente. Das aber ist Till Backhaus Lieblingskind ... und der ist Landwirtschaftsminister. Von der SPD!

Jetzt doch: Kein Genfeld in Bayern!

Die Feldbesetzung in Düllstadt schaffte Klarheit: Es wird kein Feld mit MON810 und anderen gv-Maissorten in Bayern geben. Das Land ist also 2009 genfeldfrei.

- Bericht von den Feldbesetzungen 2010: <http://genfeld2010.blogspot.de>

Strafprozess und Demo in Braunschweig

Braunschweig ist einer der Hauptstandorte der bundeseigenen landwirtschaftlichen und damit auch der Gentechnikforschung. Vor allem Institute des Ministerium der verbal-gentechnikkritischen Verbraucherministeriums wurschteln hier, z.T. unterstützt mit Geldmitteln des Forschungsministeriums an Maispflanzen herum - versteckt auf dem Gelände einer ehemaligen Nazi-Rüstungsindustrie an der Bundesallee, die nach dem 2. Weltkrieg dann von landwirtschaftlichen Instituten genutzt wird und wo auch das hochverfilzte BVL untergebracht ist. Eine spektakuläre Feldbesetzung im Jahr 2009 hatte diese Forschung dort bekannt gemacht. Seitdem werden die Versuchsfelder im Westen von Braunschweig in

der Region viel diskutiert - während Papi Staat mit autoritären Mitteln den unerwünschten Protest niederzuhalten versucht. Am Freitag, den 7.5., nun kam es zu einem Gerichtsverfahren und einer Demonstration zum Ort des Geschehens. Berichte und Stand der Dinge unter

Wieder Verweigerung der Akteneinsicht

Jetzt ist es amtlich: Das Kernforschungszentrum Jülich verweigert die Akteneinsicht in Unterlagen zu deutschen Agro-Gentechnik. Dort werden die Fördermittel für die sogenannte Sicherheitsforschung vergeben – ein riesiger Sumpf von Betrug und Fälschungen. Kein Wunder, dass sie sich nicht in die Karten schauen lassen wollen. Eigentlich müssten sie es, denn das Umweltinformationsgesetz schreibt das vor. Deshalb gibt es jetzt eine Verwaltungsklage gegen das Forschungszentrum.

- Mehr zur ständigen Akteneinsichtsverweigerung:
http://www.projektwerkstatt.de/gen/sonder_bvl_akteneinsicht.htm

Mehr Geld für immer weniger Agro-Gentechnik-Firmen

Berlin, 27.4.10 Nach einer Studie des Bundesforschungsministeriums schrumpft die Agro-Gentechnik-Industrie in Deutschland. Das Forschungsministerium nimmt dies zum Anlass, weitere Millionen in die umstrittene Technologie zu stecken, während erfolversprechendere Ansätze für eine nachhaltige Landwirtschaft vernachlässigt werden.

Nach der Studie des BMBF, die dieser Tage veröffentlicht wurde, waren bundesweit 2009 24 Biotech-Unternehmen mit Pflanzen-Gentechnik befasst, zwei weniger als noch 2008. Die Erlöse der Unternehmen lagen 2009 bei 39 Mio €. Im Vorjahr waren es 49 Mio €. „Es ist nicht zu verstehen, weshalb das Schavan-Ministerium jetzt ankündigt, zusätzliche Millionen in den schrumpfenden Sektor der Pflanzen-Biotechnologie zu stecken“, kommentierte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft. „Dafür dann auch noch das Arbeitsplatzargument heran zu ziehen, ist absurd.“ Je nach Betrachtungsweise – ob man nur die reinen Agro-Biotechnologie-Unternehmen zählt oder zusätzlich die mit Agro-Gentechnik befassten Abteilungen großer Chemiekonzerne – sind der Agro-Gentechnik etwa 650 bis 1400 Arbeitsplätze zuzuordnen.

Der Anteil des Staates an der Finanzierung von Biotech-Unternehmen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Lag er 2005 noch bei ca. 8 % waren es 2009 bereits etwa 17 %. In diesem Zeitraum haben sich die Mittel von Wagniskapitalgebern und Erlöse durch Börsengänge mehr als halbiert.

Im Gegensatz zur Agro-Gentechnik wächst die Ökologische Lebensmittelwirtschaft seit Jahren ungebrochen. Sie hat seit 2005 ihren Umsatz um 50 % auf 5,8 Mrd. € gesteigert. In den zahlreichen mittelständischen Unternehmen des Öko-Bereichs konnten weit mehr als 160.000 Arbeitsplätze aufgebaut werden. Sie sind durch die Agro-Gentechnik gefährdet, denn die beträchtlichen Folgekosten der Gentechnik bleiben durch eine fehlende Verursacherhaftung bei denen hängen, die diese Technologie nicht einsetzen.

Zahlreiche Untersuchungen, so u.a. der Weltagrarbericht und Studien der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), sehen ökologische Anbauverfahren als Schlüsseltechnologien zur Bekämpfung des Hungers. Löwenstein fordert Ministerin Schavan auf, die Leistungen und Potenziale des Öko-Landbaus bei der Lösung der globalen Herausforderungen im Agrarbereich anzuerkennen und diesen in den Fokus der Forschungspolitik des BMBF zu rücken. Auch solle sie sich für die Umsetzung der Verursacherhaftung in der Gentechnik einsetzen, so Löwenstein.

Quelle: BÖLW

(Vorerst) Kein Verfahren wegen Feldbesetzung 2008: Gerichtstermin am 8.6. in Groß Gerau gestrichen

Das Gerichtsverfahren wegen der Feldbesetzung 2008 in Groß Gerau fällt aus! Das Gericht hat den Termin abgesagt. Genaue Gründe sind unbekannt. Könnte sein, dass sie doch keine rechte Lust haben. Die Veranstaltungsrundreise, die in den Vortagen geplant war, kann aber trotzdem stattfinden - wenn auch jetzt ein Bezugspunkt fehlt.

Vortragsrundtouren zu Gentechnik-Seilschaften in Sachsen-Anhalt nötig! Wer organisiert Veranstaltungen???

Die von der Anzahl der Felder her größte Gentechnikanlage der Republik steht in Üplingen, mitten in der Börde westlich von Magdeburg. Ganz nahe dran liegen noch KWS-Betriebe (2009 auch mit Feldern), das Julius-Kühn-Institut und die Bioparks von Gatersleben, gleichzeitig auch Sitz von InnoPlanta. Hier ist der Widerstand noch sehr schwach, selbst Umweltgruppen und BiolandwirtInnen ducken sich weg. Es wäre daher besonders wichtig, die Informationen über die Gentechnik-Seilschaften vermehrt in diese Region zu

tragen. In zwei Zeiträumen wäre die Veranstaltung zu Gentechnik-Seilschaften möglich:

- Rund um den 1. Juli 2010

- Anfang September 2010

Wer hat Lust, den Autor von "Organisierte Unverantwortlichkeit" einzuladen zum Vortrag "

Leider kritischer Blick auf eines der wichtigsten Aktionsfelder auch 2010: Gatersleben

Von tollen Aktion und Apparaten, die Teil des Problems sind

Es spricht alles dafür, aus der juristischen Auseinandersetzung um die wichtige und spektakuläre Feldbefreiung vom April 2008 (Genweizenfeld an der Saatgutbank für Weizen) mehr zu machen. Doch so einfach ist das nicht. Das liegt nicht an der Aktion und auch nicht direkt an den AktivistInnen. Doch dummerweise haben die das Heft weitgehend den Apparaten von Kampagnen und Verbänden in die Hand gegeben – und die sorgen sich mehr um die Positionierung ihres Labels, um Spendeneingänge und ihren guten Ruf bei Medien und Mächtigen im Lande ...

Umweltverbände, Institute und gentechnikkritische Parteien nehmen, vor allem auf den höheren Ebenen der Apparate, immer wieder eine sehr problematische Rolle ein. Zwar gehen von ihnen auch wichtige Impulse und Informationen aus, aber die stehen in einem unangenehmen Kontrast zu Anbiederung an Geldgebern (Staat, Wirtschaft, SpenderInnen). Schon fast eine unschöne Tradition sind Distanzierungen von AktivistInnen, die nicht nur bunte Broschüren und Petitionen in Umlauf bringen, während andere Felder anlegen und somit die Auskreuzung in Schwung halten.

Neuestes Beispiel des Wegduckens und der Ausgrenzung ist die Broschüre zu Genweizenanbau in Gatersleben. Eigentlich war das eine gute Idee - passend zur zweiten Instanz des Zivilprozesses um die notwendige, wirksame und mutige Aktion gegen das Genweizenfeld neben der Saatgutbank für Weizen sollte eine Broschüre erscheinen, die Hintergründe durchleuchten. Wahrscheinlich ist den sechs AktivistInnen, die mit ihrer genialen Aktion ein Superding gedreht haben, kein Vorwurf zu machen außer der etwas naiven Hingabe in die Hände von Personen, die seit Jahren die Distanz zu AktivistInnen hoch halten - und selbst als seriös zu wirken. Sie spielen auf anderen Hochzeiten, kennen das Geschäft von Verbandsselbstdarstellung, Plätzen an den Tischen der Edlen und Mächtigen und arbeiten sonst für NGOs und Interessenvertretungen a la Attac, BUND oder AbL. Ihnen das Ruder zu überlassen heißt, Widerstand und Gesellschaftskritik einzutauschen gegenüber professioneller, spendenorientierter Öffentlichkeitsarbeit und die Anpassung an genau die Strategie, die auch auf der anderen Seite angesagt ist: Wissenschaftlichkeit suggerieren. So werden Prozesse und Öffentlichkeitsarbeit rund um die Aktion in Gatersleben schön getrennt gehalten von sonstigen Aktionen. Dass die GentechnikerInnen von Gatersleben heute ihre Felder in der BioTechFarm Üplingen ansiedeln, wird nicht einmal erwähnt. Und die nun erschiedene Broschüre setzt ihren Schwerpunkt auf der schein-wissenschaftlichen Debatte:

Seitenweise komplizierte Ausführungen zu Risiken. Dabei führt eine solche Debatte nicht nur in den wirren Schlagabtausch selbstbezogener Studien, sondern ist auch schlicht überflüssig. Denn längst geben Monsanto, Forschungsakademien und andere Gentechnik-BefürworterInnen selbst zu, dass die Gentechnik nicht kontrollierbar ist und der Steigerung von Düngemittel- und Pestizideinsatz dient. Was sollen da ständige ExpertInnenschlachten? Nur wenig Worte finden sich in der Broschüre zu den Skandalen rund um Genehmigungsverfahren und den verborgenen Zielen solcher Versuche. Folgerichtig fehlen auch alle Hinweise auf weitere Hintergrundrecherchen z.B. zu den Seilschaften der Gentechnik, die auch in Gatersleben wirken. Weder die Arbeiten von Antje Lorch/Christoph Then noch die von Andreas Bauer und natürlich auch nicht die aktuellen Recherchen zu den Gentechnik-Seilschaften sind irgendwo im Heft zu finden. Dafür gibt es hinten im Heft eine lange Liste der Unterstützerguppen mit all ihren Logos ... die meisten sind genau die, die das Heft "Organisierte Unverantwortlichkeit" nicht unterstützen wollten. Das Entfilzen-Logo hätte sich hier auch gut gemacht - aber war wohl nicht gewollt. Im Impressum der Broschüre findet sich eine Liste der Internetseiten, wo die Broschüre herunterzuladen ist - www.gentechweg.de.vu und www.biotech-seilschaften.de.vu stehen da nicht. Sind auch nicht gefragt worden. Offenbar ist geringere Verbreitung der Broschüre gewollt, um ja nicht die unerwünschten Seiten nennen zu müssen! Doch die Ausgrenzung und Spaltung, die hier zum wiederholten Mal sichtbar wird, ist einseitig. Die Broschüre liegt jetzt auch auf www.projektwerkstatt.de und damit auch bei den auf dieser Plattform operierenden AktivistInnen. ...

NGOs & Co. - wenn die Gentechnik-Seilschaften gewinnen, wird es auch an den Anti-Gentechnik-Seilschaften gelegen haben ...